Nr. 2/2002 AZB 4800 Zofingen

SVPjar

SVP UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Alle an die Urnen!

Wehret den Anfängen! Am 3. März geht es darum, ob die Schweiz erstmals Mitglied einer internationalen Machtorganisation werden soll. Stimmen Sie Nein zur Unterwerfung der Schweiz unter den UNO-Sicherheitsrat. Rufen Sie Freunde und Bekannte zum Abstimmen auf!

Mit Mut in die Zukunft Seite 3
Nationalrat Toni Brunner zum neuem Selbstbewusstsein der Schweizer Jugend

Nein zur 36 Stunden-Woche Seite 7
Nationalrat Christian Speck lehnt die staatlich befohlene Arbeitszeitbeschränkung ab

SVP-Krankenkasseninitiative Seiten 8-9
Die SVP hat zu diesem Thema eine Internet-Volksvernehmlassung lanciert

In der UNO haben Minderheiten keine Chance

Am 3. März stimmen wir ab über die Unterzeichnung eines wichtigen Vertrages: über den Beitritt der Schweiz zur politischen UNO. „Die Zeit ist reif", sagen die Beitrittsbefürworter und schwärmen von einer besseren Welt. Stichhaltige Argumente fehlen leider weitgehend.

Die Schweiz müsse sich hier einbringen, in diese Versammlung konstruktiv arbeitender Staaten, heisst es. Die Schweiz könne nicht abseits stehen von dieser Organisation, die sich die Sicherung des Weltfriedens zum Ziel gemacht hat. Wer schon zahle, müsse schliesslich auch mitbestimmen. Schön, denkt der geneigte Leser. Aber wie verhält es sich denn mit dieser Mitbestimmung?

Die UNO ist bekanntlich von den Entscheidungen des Sicherheitsrates geprägt; die Generalversammlung hat nicht viel zu sagen. Der Sicherheitsrat wiederum wird von fünf Supermächten beherrscht, welche über ein Vetorecht verfügen. Damit sind wirklich demokratische Entscheidungen gar nicht möglich. Dies sei tatsächlich störend und relativ undemokratisch, gestand kürzlich ein bekannter Beitrittsbefürworter - aber die Schweiz kenne ja schliesslich auch das Ständemehr, quasi ein Veto der Kantone...

Wer so rechnet, zeigt, wie wenig durchdacht seine Argumentation ist. Das Ständemehr ist ein Schutz der Minderheiten - eine Garantie aktiver Demokratie mit Mitspracherechten für alle, auch für die Kleinen. Das Vetorecht im Sicherheitsrat jedoch ist ein Instrument knallharter Machtpolitik, mit welchem die Grossmächte ihre Interessen verwirklichen und ihre Ziele erzwingen können. Die Schweiz als Kleinstaat hätte in der UNO nichts zu melden. Ebenso hätten die Stimmbürger immer weniger zu entscheiden. Pläne über die Einführung einer direkten UNO-Steuer zeigen: Nun wird dem Bürger das Geld aus der Tasche gezogen, ohne dass er dazu noch etwas sagen könnte. Die Schweizer hätten Millionen zu zahlen und würden nur verlieren. Deshalb: Bleiben wir vernünftig und stimmen wir Nein am 3. März. ◀

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

Es geht um die Wurst!

Wieder einmal sind die Schweizerinnen und Schweizer zur Urne aufgerufen. Am 3. März geht es auf eidgenössischer und kantonaler Ebene um zentrale Fragen, welche für die Zukunft unseres Landes von grosser Bedeutung sind.

Im Ausland wird das Schweizer Volk um sein Mitspracherecht oft und zu Recht beneiden. Leider ist es vielen Schweizerinnen und Schweizern nicht mehr bewusst, wie aussergewöhnlich die Abhaltung von Abstimmungen zu Sachfragen ist. Kein anderes Volk konnte je über den Beitritt zur UNO abstimmen. Andernfalls würden heute mit Sicherheit mehr als eine Handvoll Länder bei der UNO-Generalversammlung fehlen.

Auf eidgenössischer Ebene kommen zwei Volksinitiativen zur Abstimmung, die von linken Gruppierungen lanciert wurden.

Zwei linke Volksinitiativen

Während allgemein bekannt ist, dass die Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit" (Einführung der 36 Stunden-Woche, s. Artikel von NR Speck auf S. 7) aus der Küche gewisser Gewerkschaften stammt und entsprechend in erster Linie von linker Seite unterstützt wird, geht oft vergessen, dass es mehrheitlich linke Kreise (SP, GSoA) waren, welche die UNO-Initiative auf die Beine gestellt haben. Die UNO-Befürworter haben es in ihrer Kampagne geschickt verstanden, die linken Urheber der Initiative in den Hintergrund zu rücken, um bei den bürgerlichen Stimmenden eine Mehrheit für ihr Anliegen zu gewinnen. Das ändert jedoch nichts daran, dass es vor allem ein Anliegen der Linken ist, die Schweiz in internationale Machtorganisationen zu führen.

Kantonale Wahlen

Auf kantonaler Ebene erhält die SVP am 3. März mehrfach Gelegenheit, ihre höchst aussergewöhnliche Siegesserie fortzusetzen. In den Kantonen Obwalden, Nidwalden und Waadt werden Regierungen und Parlamente gewählt. In allen drei Kantonen können Erfolge im Parlament erwartet werden - in den zwei jungen innerschweizer Sektionen wie auch in der SVP Waadt, die in den letzten Jahren stark an Profil gewonnen hat. Im Kanton Graubünden stehen Regierungsratswahlen an, an denen die SVP mit den zwei Bisherigen Eveline Widmer-Schlumpf und Klaus Huber antritt. In den Kantonen Solothurn und Appenzell Ausserrhoden schliesslich wird über Referenden zu den Themen Steuererhöhungen und Gemeindeautonomie abgestimmt, die von der SVP ergriffen wurden. ◀

Yves Bichsel, Pressesprecher SVP Schweiz

Mit Mut in die Zukunft!

Was ist der Unterschied zwischen unserer Landesregierung und der Schweizer Jugend? Die Jugend zeichnet sich im Gegensatz zu unserer Regierung, durch ein zunehmend ausgeprägtes Selbstbewusstsein aus.

Immer mehr junge Leute bewegen sich vorwärts und sehen keinen zwingenden Grund, warum unser Land der UNO überhaupt beitreten soll. Während unsere Landesregierung in die UNO drängen will, befinden viele junge Leute; „Nein, dieser Schritt widerstrebt unserer innersten Überzeugung!" Nicht nur der Bauch, auch der Kopf sagt Nein.

Nicht eben selbstbewusst tönt es, wenn die Regierung verkündet: „Die Zeit sei reif, wir könnten doch nicht immer Abseitsstehen unsere Dienste seien nicht mehr gefragt und überhaupt seien wir das letzte Land, das noch nicht der UNO beigetreten sei!" Viele Junge mögen das schon gar nicht mehr hören. Wie kann man so kleinmütig und unsicher sein? Wir alle kennen doch unser Land, unsere guten Dienste, unsere humanitären Hilfsorganisationen und die enormen Zahlungen an die Auslandhilfe. Ja, ist denn das alles nichts wert? Die heutige Jugend hat ein neues Selbstbewusstsein entdeckt.

Unabhängigkeit und Freiheit

Hoch im Kurs steht bei der jungen Generation die Unabhängigkeit und Freiheit. Und zwar sowohl für sich persönlich wie auch diejenige für das eigene Land. Man will sich nicht vereinnahmen lassen und nach einem genauen Schema funktionieren müssen. Mit der Unabhängigkeit bewahrt man sich die Freiheit. Diese lässt einem wiederum mehr Gestaltungsraum, mehr Individualität und letztlich den Willen das zu tun, wovon man überzeugt ist und was man mit gutem Gewissen mittragen kann.

Gesunde Skepsis

Dazu ist ein fester Wille und eine gesunde Skepsis vonnöten. **Eine gesunde Skepsis gegenüber jeder Grossorganisation.** Grossorganisationen neigen - wollen sie funktionieren - zu Zentralismus, einem aufgeblähten Verwaltungsapparat und somit zu mehr Bürokratie.

Eine gesunde Skepsis gegenüber den Mächtigen dieser Welt. Haben diese Grossen zudem noch Instrumente in Ihren Händen, die es ermöglichen, über die Kleinen zu bestimmen, so ist eine einseitige Abhängigkeit und der Verlust an Selbstbestimmung geradezu vorprogrammiert.

Eine gesunde Skepsis gegenüber aussenpolitischem Anpassertum. Gleich werden zu wollen wie alle anderen, lässt einem die eigenen Stärken und Prinzipien vergessen. Dafür gibt man gerne Verantwortung ab.

Starker Wille

Neben dieser zunehmend spürbaren, gesunden Skepsis bei unserer Jugend ist aber vor allem auch ein starker Wille erforderlich. **Der Wille zur Selbständigkeit und zur Eigenverantwortung.** Diese erfordert Mut und Kraft, muss man doch für sein Handeln selber gerade stehen und steht in der Verantwortung.

Der Wille zur Originalität. Sich anzupassen und es anderen gleichzumachen wäre vielfach der einfachere Weg. Etwas Einzigartiges kann nur sein, wer von sich und seinem Schaffen überzeugt ist.

Der Wille zur Selbstbeschränkung. Man kann nicht die Verantwortung für alles und jedes auf dieser Welt übernehmen. Man kann aber dort seine Hilfe und seinen Beitrag leisten, wo man selber stark ist und aus Überzeugung auch mithelfen kann.

Ein starker Wille und eine gesunde Skepsis weisen einem den Weg fadengerade. Ein UNO-Beitritt ist letztlich eine Zwängerei und widerspricht unserem Selbstverständnis. Überlegen wir gut, was uns für ein Schritt bevorsteht.

Was nützt uns die sogenannte Mitbestimmung in der UNO-Generalversammlung, wenn wir diese eintauschen gegen relativ viel Fremdbestimmung, die uns durch Beschlüsse des Sicherheitsrates und der Generalversammlung aufgezwungen werden?

Warum sollen wir zwingend diplomatische Beziehungen zu einem Land abbrechen, wenn eine friedliche Lösung eines Konfliktes nur noch mit guten Vermittlungsdiensten möglich wäre? Warum sollen wir zwingend wirtschaftliche

Nationalrat Toni Brunner
Ebnat-Kappel (SG), Präsident Jugendkomitee gegen den Beitritt zur politischen UNO

Sanktionen gegen ein Land mittragen, wenn man genau weiss, dass dies Kinder, Frauen und Männer in den Hungertod treibt? Warum sollen wir in einer Organisation beitreten, die kollektive Sicherheit predigt, aber letztlich nur handelt, wenn vitale Interessen der Grossmächte betroffen sind? Im April 1994 wussten alle, dass es im Kleinstaat Ruanda zu einem Völkermord kommt. Dennoch hat sich die USA durchgesetzt und die letzten Truppen abziehen lassen. Bilanz: eine Million Tote.

Mitgegangen - mitgefangen!

Schreiten wir am 3. März selbstbewusst an die Urne. Erinnern wir uns an unsere guten Tugenden, Selbstbewusstsein und Bescheidenheit. Ein gesundes Selbstbewusstsein manifestiert sich in der zivilen und friedlichen Hilfe, eine gewisse Bescheidenheit bezeugt, dass wir nicht alles machen wollen, was andere schon tun. Damit hat sich unser Land Achtung verschafft. Stimmen wir überzeugt NEIN zum UNO-Beitritt unseres Landes. ◀

NEIN
ZUM UNO-BEITRITT

Bankkundengeheimnis: Keine Preisgabe!

Das Schweizer Bankgeheimnis schützt die Informationen der Bankkunden vor dem Zugriff durch Private und Behörden. Es gleicht somit dem Berufsgeheimnis der Ärzte und Anwälte.

Das Bankgeheimnis gilt jedoch nicht unbeschränkt. Es wird aufgehoben, wenn Verdacht auf kriminelle Aktivitäten besteht (Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Geldwäscherei, Steuerbetrug etc.). Wichtig jedoch ist, dass es bei Steuerhinterziehung nicht aufgehoben wird. Die Steuerhinterziehung wird durch eine hohe Quellensteuer von 35 %, der höchsten aller OECD-Länder, und andere Massnahmen wie die Steuereinschätzung bekämpft. Auch viele andere Länder kennen ein Bankgeheimnis. Dabei sind diejenigen von Luxemburg und Österreich dem Schweizerischen am ähnlichsten.

Nicht nachgeben!

Das Bankgeheimnis in seiner Form darf nicht preisgegeben werden. Eine Übernahme des EU-Systems zur Zinsbesteuerung, wie dies die EU von der Schweiz verlangt, wäre für das Bankgeheimnis eine Katastrophe. Die EU will die automatische Meldepflicht für von EU-Bürgern bei Schweizer Banken getätigte Vermögensanlagen. Dies hiesse nichts anderes als die stufenweise Abschaffung unseres Bankgeheimnisses, was für die schweizerische Volkswirtschaft starke Auswirkungen hätte.

Schweiz führend

Der Finanzsektor macht mit einem Anteil von rund 5.7 % an der Gesamtbeschäftigung rund 10 % des Bruttoinlandproduktes der Schweiz aus. Im Vermögensverwaltungsgeschäft hat die Schweiz eine weltweit führende Position. Die von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögenswerte werden auf 3'800 Milliarden Schweizer Franken geschätzt. Ungefähr die Hälfte stammt von ausländischen Kunden. Im Bereich der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung halten die Schweizer Banken fast einen Drittel des Weltmarktes. Ein Umstand, welcher klar aufzeigt, weshalb Begehrlichkeiten von Seiten der EU, aber auch der USA an die Schweiz erfolgen. Die Vermutung liegt daher nahe, dass der Finanzplatz Schweiz massiv geschwächt werden soll. ◀

Christoph Portmann
Grossstadtrat und Präsident
der SVP Stadt Luzern
Mitglied im Zentralvorstand
SVP Schweiz

UNO-Veranstaltungen

NEIN ZUM UNO-BEITRITT

Donnerstag, 14. Februar 2002

- 20.00 Uhr, Mehrzweckhalle **Boswil (AG)**
  Mit den Nationalräten Ulrich Siegrist (SVP AG) und Caspar Baader (SVP BL)
- 20.00 Uhr, Hotel Metropol **Widnau (SG)**,
  Podium, u. a. mit Nationalrat Toni Brunner (SVP SG)

Freitag, 15. Februar 2002

- 20.00 Uhr, **Radio Argovia**,
  Streitgespräch mit Ständerat Thomas Pfisterer (FDP AG) und Nationalrat Christoph Blocher (SVP ZH)

Montag, 18. Februar 2002

- 20.00 Uhr, Rathaus **Sursee (LU)**
  Podium mit den Nationalräten Hans Fehr (SVP ZH), Otto Laubacher (SVP LU), Ruedi Lustenberger (CVP LU) und alt Nationalrätin Gret Haller (SP BE)

Dienstag, 19. Februar 2002

- 09.00 Uhr, Techn. Berufsschule **Olten (SO)**,
  Podiumsdiskussion, u. a. mit den Nationalräten Luzi Stamm (SVP AG) und Hans Fehr (SVP ZH)
- 12.00 Uhr, Kollegium **St. Maurice (VS)**,
  Veranstaltung mit Nationalrätin Maya Lalive d'Epinay (FDP SZ) und Grossrat Oskar Freysinger (SVP VS)

Mittwoch, 20. Februar 2002

- 14.30 Uhr, Kantonsschule **Romanshorn (TG)**,
  Podiumsdiskussion mit Ständerätin Erika Forster (FDP SG), einem Jungparlamentarier, Nationalrat Hans Fehr (SVP ZH) und Kantonsrat Marcel Schenker (SVP TG)
- 20.00 Uhr, Restaurant Bären **Seon (AG)**,
  Veranstaltung mit den Nationalräten Ulrich Siegrist (SVP AG) und Jean Henri Dunant (SVP BS)

Donnerstag, 21. Februar 2002

- 20.00 Uhr, Aula Kantonsschule **Wohlen (AG)**,
  Veranstaltung mit den NR Doris Leuthard (CVP AG), Gerold Bührer (FDP SH), Ueli Maurer (SVP ZH), und Luzi Stamm (SVP AG)
- 18.15 Uhr, Rathauslaube **Schaffhausen (SH)**
  Podium mit Bundesrat Joseph Deiss und Ständerat Rico Wenger (SVP SH)

Mittwoch, 27. Februar 2002

- 17.00 Uhr, **Freies Gymnasium Zürich**, Arbenzstr. 19
  Podium mit den Nationalräten Ulrich Schlüer (SVP ZH) und Andreas Gross (SP ZH)

Bern, Zürich und die Eidgenossenschaft

Zürich und Bern waren nicht die *ersten* eidgenössischen Orte, aber sie wurden die *grössten* und *stärksten* und sie sind es geblieben. Bern und Zürich haben schon aus diesem Grunde heraus für unser Land eine besondere Bedeutung.

Es handelt sich beim unterschiedlichen Geist der beiden Kantone nicht etwa um eine mehr folkloristisch und für Festreden geeignete Floskel, sondern um eine lebendige Realität. Wer es nicht glaubt, möge etwa bedenken, dass dem VBS und seinem Vorläuferdepartement, dem EMD, seit 1900 bis 2001 während genau einem Jahr, 1907, ein Zürcher vorstand, während nicht weniger als 51 Jahren aber Berner.

Das Gemeinwesen als Garant einer solidarisch erhaltenen und gepflegten Sicherheit gehört nun offenbar in einem besonderen Masse zum bernischen Staatsdenken. Umgekehrt ist es ein Faktum, dass das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung im Kanton Bern rund zwei Drittel des zürcherischen Schnitts ausmacht. Handel und Finanz sind ganz offensichtlich in einem besonders hohen Masse zürcherische Themen.

Was bedeutet dies für die Eidgenossenschaft? Dass zwischen Zürich und Bern eine kreative Spannung bestehen wird, *vielleicht* solange Limmat und Aare fliessen und *sicher* noch eine ganze Weile.

Diese kreative Spannung ist aber nicht eine Schwäche, sondern ein Reichtum unserer Heimat und durchaus auch unserer SVP. Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen erhöhen, vernünftig gehandhabt, in fast jedem Fall die Qualität des Ergebnisses. Dies ist jedenfalls meine persönliche Erfahrung und ich freue mich darauf, auch in Zukunft in hitzigen Debatten das Beste erfahren zu dürfen, was Zürihegel und Bärner Mutz zu bieten haben! ◀

▶ Bundesrat Samuel Schmid

Sicherheit

Gegen Doppelspurigkeiten

Die SVP ist über die Zukunft der schweizerischen Sicherheitspolitik beunruhigt. An einer Pressekonferenz Ende Januar hat sie gefordert, auf Stufe Bund endlich sämtliche Aktivitäten in einem Sicherheitsdepartement zusammenzufassen. Die Einführung einer Bundespolizei wird abgelehnt.

Angesichts der Herausforderungen der nationalen und internationalen Lage muss die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich auf Bundesebene als ungenügend bezeichnet werden. Das Projekt USIS hat dies an den Tag gebracht. Es ist an der Zeit, dass die Sicherheitsaktivitäten für Inneres und Äusseres endlich enger koordiniert werden. Die SVP fordert deshalb die Schaffung eines Sicherheitsdepartementes, das die Bereiche Armee, Grenzwachtkorps, Festungswachtkorps, Nachrichtendienst und Bevölkerungsschutz umfasst.

Keine Bundespolizei

Eine Verschiebung von Kompetenzen von den Kantonen zum Bund wird von der SVP strikte abgelehnt. Durch die Kenntnis von Gelände und Personen sind die kantonalen Einheiten der vom Bundesrat geforderten Eingreiftruppe überlegen. Die SVP lehnt diese Bundespolizei ab und ist überzeugt, dass eine Optimierung der Zusammenarbeit im Rahmen der kantonalen Konkordate diese befähigen kann, die für die Bundespolizei geplanten Einsätze ohne Weiteres zu leisten.

Gefährliches Schengen

Die internationalen Verträge, die der Bundesrat in naher Zukunft abschliessen will, laufen den schweizerischen Sicherheitsbemühungen entgegen. Mit dem UNO-Beitritt wird die Schweiz in fremden Kriegen zwangsläufig zur Partei und setzt sich damit einer erhöhten Gefährdung aus. Ein Beitritt zu Schengen würde mit der allgemeinen Öffnung der Grenzen und der Nivellierung auf EU-Niveau ein gefährliches Signal aussenden. Zudem wird der Anschein erweckt, dass internationale Zusammenarbeit eigene Bemühungen unnötig macht. ◀

▶ Yves Bichsel
Pressesprecher SVP Schweiz

Global Governance

In Bezug auf die Reformfähigkeit der UNO klaffen die Meinungen von Gegnern und Befürwortern des UNO-Beitritts am stärksten auseinander.

Was mich betrifft, so stelle ich fest, dass das von den Siegernationen des 2. Weltkriegs eingeführte Vetorecht jede institutionelle Reform verhindert, falls eine solche die Privilegien der ständigen Vertreter des Sicherheitsrates tangieren sollte. Die Generalversammlung der 189 UNO-Staaten wird weiterhin diskutieren und palabern können, entschieden wird letzten Endes von 5 Nationen, die vor allem um ihre eigenen Interessen besorgt sind.

Daran ändert auch der Brahimi-Bericht[1] nichts, der eine ständige UNO-Armee fordert, sowie eine verstärkte Machtkonzentration bei den zahlreichen NGO's, die in Konkurrenz zu unseren demokratisch gewählten Institutionen treten sollen. Letzten Endes wird auch dies nur den 5 Vetorechtsinhabern und - da sie zugleich die 5 grössten Waffenverkäufer der Welt sind - ihren Waffenlobbies zugute kommen. Der wirtschaftlichen Globalisierung eine politische Globalisierung zur Seite stellen zu wollen bedeutet, dass der Kleine (als Einzelperson oder als Staat) zugunsten von grossen Machtkonzentrationen seine Unabhängigkeit und sein Mitentscheidungsrecht verliert.

Dem Brahimi-Bericht schwebt eine neue Rolle der UNO vor, die bei friedliebenden Personen grosse Bedenken weckt. Die Neutralität der UNO-Interventionen soll fortan einer klaren Parteinahme zugunsten des Friedliebenden gegen den «Störefried» weichen. Wer definiert nun aber den Störefried? Und aufgrund welcher Kriterien? In den letzten Jahren waren die Störefriede meistens dort beheimatet, wo die Interessen der neuen Weltmacht USA auf dem Spiel standen. Soll die UNO demnach zum Schamtüchlein für solche Partikularinteressen werden? Ich habe grundsätzlich etwas gegen moderne Kreuzzüge des «Guten gegen das Böse» à la «Doubleyou»! Denn sonst könnten in nächster Zeit womöglich noch Bretzelfabriken beschossen werden, um George Bushs schwache Speiseröhre vorbeugend zu schützen.

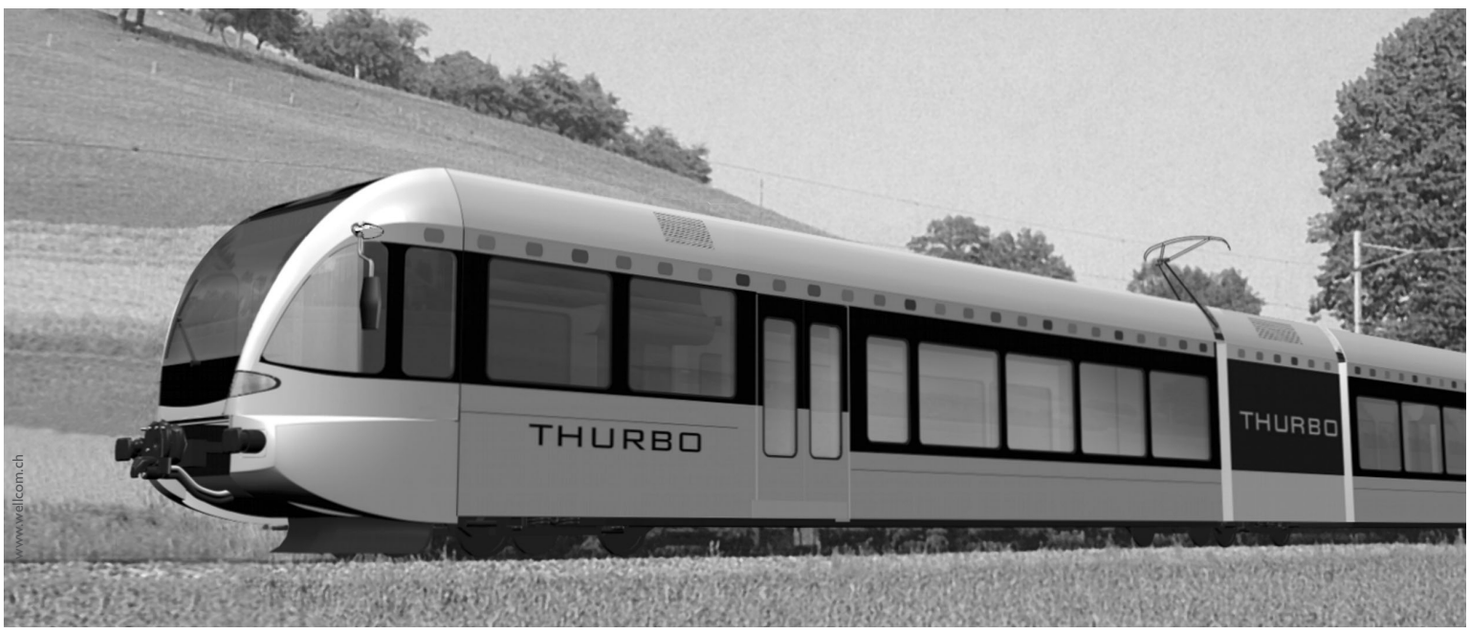
Oskar Freysinger, Grossrat
Präsident SVP Wallis, Savièse

[1] **http://www.un.org/peace/reports/peace_operations/index.html**

STADLER
Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
9565 Bussnang
Telefon 071 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch



36 Stunden-Woche - Ein untaugliches Rezept

Die Volksinitiative „für eine kürzere Arbeitszeit" verlangt eine massiv kürzere Wochenarbeitszeit, verbunden mit einer Lohngarantie für kleine und mittlere Einkommen.

Der Staat soll nach dem Willen der Initianten den Arbeitnehmenden vorschreiben, dass sie pro Woche durchschnittlich nicht mehr als 36 Stunden arbeiten dürfen. Wöchentliche Höchstarbeit und maximal 100 Überstunden pro Jahr sollen in der Verfassung festgelegt werden.

"Gleicher Lohn für weniger Arbeit ist eine Utopie."

Die Arbeitgeber wehren sich gegen eine staatlich verordnete Arbeitszeit. Für sie bleibt die Aushandlung der richtigen Arbeitszeit für Branchen und Betriebe Sache der Sozialpartner.

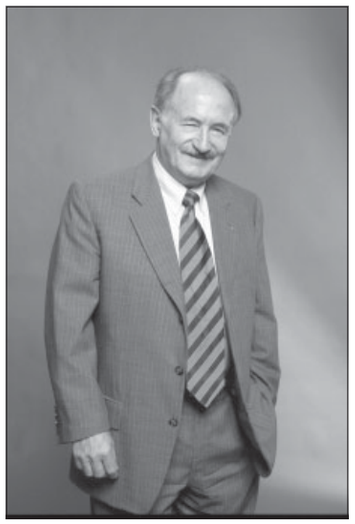
Eine massive Kürzung der Arbeitszeit hätte für den Werkplatz Schweiz schwerwiegende Folgen.

Arbeitszeitverkürzungen - besonders wenn dazu wie von den Initianten gleicher Lohn versprochen wird - tönen für viele Leute verlockend. Gleicher Lohn für weniger Arbeit ist jedoch eine Utopie. Verteilt werden kann nur, was vorher erarbeitet wurde.

Nachteile für Arbeitnehmer und Kunden

Eine staatliche Verfügung kürzerer Arbeitszeiten hätte negative Auswirkungen für die Betriebe wie auch für die Angestellten. Notwendige Zusatzeinstellungen bedeuten Mehrbelastungen und eine generelle Erhöhung der Arbeitskosten.

Alle Arbeitszeitverkürzungen in unseren sozialistisch regierten Nachbarländern haben nicht zu mehr Beschäftigung, sondern zu mehr Arbeitslosen geführt. Dies haben im Gegensatz zu gewissen Gewerkschaftsfunktionären auch viele Arbeitnehmer in unserem Land gemerkt. Alle politischen Vorstösse mit gleicher Zielsetzung der letzten Jahre wurden grossmehrheitlich abgelehnt.



Nationalrat Christian Speck, Oberkulm (AG), müsste als Bäcker nach Einführung der 36 Stunden-Woche wohl kleinere Brötchen backen.

Bewährte Sozialpartnerschaften

Eine wesentliche Stärke des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist die freiwillige Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Starre staatlich vorgeschriebene Arbeitszeitregelungen nützen weder den Arbeitgebern noch den verschiedenen Branchen. Sinnvolle betriebliche oder gesamtarbeitsvertragliche Lösungen mit verkraftbaren Kosten sind das richtige Rezept. Arbeitszeitverkürzungen sind aus gesundheitlicher Sicht nicht zu begründen. Individuelle Lösungen werden - wo Bedarf besteht - auf betrieblicher Ebene gelöst. ◀

"Lehnen Sie die staatlich befohlene 36 Stunden-Woche am 3. März 2002 wuchtig ab."

.go web world

Die Full-Service Internet-Agentur f r professionelle Webauftritte. Ihr Vorteil: Wir

BERATEN PLANEN
REALISIEREN BEWIRTSCHAFTEN

kompetent und alles aus einer Hand.

www.gowebworld.ch
gowebworld ag Witikonerstrasse 15 Postfach 314
8030 Z rich Tel.: 01 386 4444 Fax: 01 386 4445

Die Volksinitiative „für eine kürzere Arbeitszeit"

- **gefährdet unsere bewährte Sozialpartnerschaft.**
- **trifft insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU).**
- **schädigt die Konkurrenzfähigkeit des Landes.**
- **fördert die Schwarzarbeit massiv.**

Untragbare Kostenexplosion

Die Erwartungen des Bundesrates und der anderen Bundesratsparteien in das neue Krankenversicherungsgesetz haben sich nicht erfüllt.

Vielmehr hat sich die kritische Haltung der SVP mehr als bestätigt. Es scheint uns wichtig zu sein, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen, weil SP, FDP und CVP zur allzu gerne bei Abstimmungen unseren Standpunkt lautstark kritisieren und zudem nicht bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen, für das, was sie anrichten.

Dramatische Kostenentwicklung

In der Tat ist die Bilanz erschreckend:

- Gegenwärtig steigen die Kosten in der obligatorischen Krankenversicherung monatlich um rund 80 Millionen Franken.
- Für das Jahr 2003 zeichnet sich heute schon eine Erhöhung der Krankenkassenprämien um 10% -15% ab.
- Sobald die bilateralen Verträge mit der EU in Kraft treten, können kurzfristig die in der Schweiz tätigen EU-Ärzte (rund 2'500 Ärzte) sowie mittelfristig alle EU-Ärzte in der Schweiz Praxen eröffnen.
- Jede neue Praxis bringt zusätzliche Kosten von rund einer halben Million Franken.
- Durch die gestiegene Lebenserwartung werden die Pflegekosten in den nächsten Jahren massiv zunehmen und können kaum mehr voll über die Krankenkassenprämien finanziert werden.

Untersucht man die Kostenentwicklung und deren Finanzierung etwas näher, so lassen sich folgende Aussagen machen:

Christoffel Brändli
Ständerat, Landquart (GR)

- In Bezug auf die Leistungen stellen wir eine massive Mengenausdehnung fest. Allein die Zahl der Ärzte hat in den letzten 5 Jahren um rund 34% zugenommen.
- In Bezug auf die Medikamente stellen wir ein Preisproblem fest. Alte, günstigere Medikamente werden laufend durch neue, teurere ersetzt. Generika werden nur sehr zurückhaltend eingesetzt.
- In den letzten Jahren hat zudem eine Verlagerung der Finanzierung von der öffentlichen Hand auf die Krankenkassenprämien stattgefunden. So wuchsen die Kosten der Krankenversicherer zwischen 1990 und 1998 um 76.2%, diejenigen der Kantone lediglich um 13.8%.

Was ist zu tun?

In den letzten Jahren haben wir es verpasst, mit dem Einbau entsprechender Anreize den Wettbewerb und die Selbstverantwortung zu stärken. Vielmehr sind zunehmend Regulierungen geschaffen worden, die sich kostensteigernd auswirken. Auch die soziale Zielsetzung des KVG wurde wegen der zunehmenden Verlagerung der Finanzierung nur teilweise erreicht. Eine klare Regel, was über Prämien, was über Steuern und was privat finanziert werden soll ist mehr denn je nötig. ◀

www.krankenkasseninitiative.ch

Als erste Schweizer Partei führt die SVP zu ihrer geplanten Krankenkassen-initiative eine Volksvernehm-lassung durch.

In vier Sprachen werden auf

www.krankenkasseninitiative.ch

die katastrophale Kostenentwicklung der Prämien sowie die Standpunkte der SVP dargelegt. Mögliche Inhalte unserer Initiative werden vorgestellt und können bewertet werden.

Sagen Sie uns, was Sie von unseren Vorschlägen halten. Diskutieren Sie mit über die Ideen zu einer grundlegenden Reform der Kranken-versicherung. Bereits haben sich Tausende über den neusten SVP-Vorstoss zur Bekämpfung der Kostenexplosion informiert.

Wie die SVP das Gesundheitswesen reformieren will!

Seit Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes ist das Problem der steigenden Krankenkassenprämien ungelöst. Kleine Schritte bringen uns nicht weiter. Nötig ist eine grundlegende Neuordnung des ganzen Systems der Krankenversicherung. Dies strebt die SVP mit ihrer Volksinitiative an, die noch in diesem Jahr lanciert werden soll.

Die SVP schlägt bei der Krankenversicherung ein System mit drei Säulen vor. In der ersten Säule wird es einen obligatorischen Teil geben, welcher sich gegenüber heute auf das existentiell Notwendige beschränkt. Der Zugang zum Gesundheitssystem ist zudem in einer ersten Konsultation auf einen Hausarzt beschränkt, der auch für die Daten des Versicherten zuständig ist. Weitergehende Leistungen, die in der ersten Säule keine Aufnahme finden, sind in einer zweiten Säule modular, nach individuellen Bedürfnissen, aber vergleichbar unter den Versicherern anzubieten. Dazu gehört auch der uneingeschränkte Zugang zu allen Leistungserbringern. Es ist nun möglich, in einer solchen zweiten Versicherungssäule die Solidarität teilweise spielen zu lassen, und die Aufnahmepflicht damit zu verbinden. Die dritte Säule schliesslich umfasst die heutigen Zusatzversicherungen. Daran soll sich nichts ändern.

Unsere Überlegungen gehen dahin, dass eine durch das Parlament legitimierte Kommission mit Vertretern aus den Bereichen Medizin, Pflege, Patienten, Ethik und Politik über den Leistungskatalog befindet. Dem Parlament wird in geeigneten Abständen Bericht erstattet.

Kontrahierungszwang endlich abschaffen

Nach heutigem Recht sind Leistungserbringer im Gesundheitswesen aufgrund der fachlichen Zulassung berechtigt, zulasten der Grundversicherung tätig zu sein. Es gilt der sog. Kontrahierungszwang. Dieser Vertragszwang ist für alle Leistungserbringer aufzuheben. Es soll den Versicherern freigestellt sein, Verträge abzuschliessen. Leistungserbringer werden zudem verpflichtet, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen kostendeckende Preise für Ihre Leistungen zu erheben. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um Transparenz zu schaffen.

Mehr Marktanreize

Heute findet im Gesundheitswesen ein völlig unsinniger Annehmlichkeits- und Ausrüstungswettbewerb statt. Der Vertragszwang, staatliche Quersubventionierungen, Defizitbeiträge usw. sind wettbewerbsverzerrend und nicht zulässig. Mit unseren Vorschlägen werden Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in allen Bereichen des Gesundheitswesens Einzug halten können. Anreize, welche zu kostengünstigen und zugleich qualitativ guten Methoden und Einrichtungen führen, die auch effizient eingesetzt werden können, sind dringend nötig.

Unübersichtliche Finanzierung

Auch die Finanzierung unseres Gesundheitswesens ist heute kaum nachvollziehbar und völlig unübersichtlich. So ist es für Aussenstehende unverständlich, dass in den vergangenen Jahren eine Verschiebung der Lasten von Gemeinden und Kantonen auf die Krankenkassenprämien stattgefunden hat. Ohne auf Details einzugehen, gilt es auch in diesem Bereich eine klare Ordnung zu schaffen. Unsere Initiative sieht vor, dass sich Bund und Kantone mit einem festzulegenden prozentualen Anteil an den Ausgaben der Grundversicherung beteiligen müssen. Diese Beiträge sind den Versicherern zu überweisen. Es ist dabei wichtig, dass die Erhebungsart der Staatsanteile nicht neue, wettbewerbsverzerrende Interessenskonflikte schafft.

Mehr Markt!

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die meisten Patientinnen und Patienten kaum in der Lage sind, die von den Leistungserbringern angebotenen medizinischen Massnahmen abschliessend zu beurteilen. Sie können aber eigenverantwortlich handeln, wenn ihnen eine Grundversicherung und freiwillige vergleichbare Versicherungselemente zur Auswahl angeboten werden. Die Versicherer sollen Sachwalter ihrer versicherten Mitglieder werden und eine kostengünstige und zugleich qualitativ gute medizinische Versorgung aushandeln. Für Leistungserbringer gilt es unter den neuen Voraussetzungen vermehrt Kosten-/Nutzen-Überlegungen in die tägliche Arbeit einfliessen zu lassen. Entgegen den oft gehörten Behauptungen ist es auch im Gesundheitswesen möglich, die Vorteile von Marktmechanismen zu nutzen.

Unsere Initiative mit den vorgeschlagenen Elementen orientiert sich an diesem Grundsatz, ohne dabei den sozialen Auftrag zu vernachlässigen. Wir sind überzeugt, dass damit die Krankenkassenprämien der Grundversicherung deutlich gesenkt und die Gesamtkosten des Gesundheitswesens stabilisiert werden können. ◀

Toni Bortoluzzi
Nationalrat, Affoltern a. A. (ZH), leitet die Arbeitsgruppe, welche die SVP-Krankenkasseninitiative ausarbeitet.

Millionen zahlen und verlieren?

In der UNO bestimmen die 5 Grossmächte. Mitschwatzen können nur ein paar hochbezahlte Beamte und Diplomaten. Das Schweizer Volk hat nichts mehr zu sagen. Es muss die Beschlüsse aus dem Glaspalast in New York schlucken und ausführen. Und dafür sollen wir auch noch Jahr für Jahr und auf alle Zeiten Millionen zahlen?

Darum:

NEIN

zum Beitritt zur politischen **UNO**

www.uno-nein.ch

Komitee Steuerzahler gegen den UNO-Beitritt
Präsident: Hans Kaufmann, Finanz- und Wirtschaftsfachmann, Nationalrat, 8907 Wettswil/ZH.
PC-Konto: 87-583441-5

Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung: Kurt Küng, Tel. 079 333 11 50, Fax 032 621 29 42, info@kkrisk.ch

Postadresse: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise: Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen: siehe Adresse **"Druck"**

Beinahe ein Fasnachtsstreich

Die Aktionen der Sans-Papiers-Bewegung erreichten Ende Januar in Bern einen neuen Höhepunkt mit der sorgfältig geplanten Befreiung eines Kurden aus dem Gefängnis des Berner Amthauses.

Sorgfältig geplant

Das Berner Kollektiv der Sans Papiers zeigte sich überrascht über die Befreiung. Betrachtet man den Ablauf, ist eine Nicht-Beteiligung kaum glaubhaft. Immerhin fand die Aktion vor dem Hintergrund zweier vom Kollektiv organisierter Demonstrationen statt: Die erste Demonstration um ca. 17.00-18.00 Uhr diente dem Auskundschaften des Zellenstandortes, die zweite dann um 21.30 Uhr der Ablenkung und Ausschaltung der Überwachung mittels Transparenten. Zwischen den beiden Demonstrationen - so das Kollektiv - seien sie in die Johanneskirche essen gegangen. Und wahrscheinlich das nötige Werkzeug besorgen. Auch wenn es seitens des Kollektivs heisst, die Befreier seien «Wie aus dem Nichts» aufgetaucht.

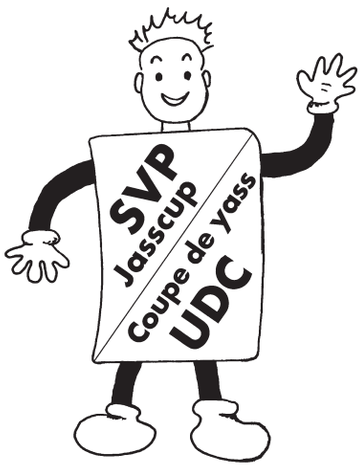
Naive Behörden

Die Reaktion der Behörden macht fast den Coup zu einem Fasnachtsstreich. Weil die erste Demonstration friedlich verlief, rechnete man nicht mit einer weiteren Aktion am gleichen Tag. Man sah auch keinen Grund, den Häftling in eine andere Zelle zu bringen, obwohl diese sehr leicht zugänglich war. Und Sicherheitskräfte standen offenbar auch keine bereit. Die Stadtpolizei wurde zwar alarmiert, war aber nicht sofort einsatzfähig und traf deshalb erst ein, als die Gitterstäbe bereits durchgesägt, der Kurde geflohen und die Demonstranten in den rechtsfreien Raum der Reitschule abgezogen waren. «Es konnte niemand mehr angehalten werden», heisst es in der Polizeimitteilung lapidar.

Professionell organisierte Gruppen

Nicht nur die Befreiung des Kurden aus dem Gefängnis, auch die Internet-Site und die organisierten Auftritte vor Ort zeugen von hoher Professionalität. Das Kollektiv plant auch bereits Aktionen während der Menschenrechtswoche Ende März oder an der Expo und will eine eigene CD veröffentlichen. Dies dürfte deutlich machen, worum es eigentlich geht. Es geht hier nicht um arme und hilflose Menschen, denen geholfen werden muss. Es geht darum, dass mit allen Mitteln versucht wird, sowohl die Ausländer- als auch die Asylpolitik der Schweiz zu unterlaufen. ◀

▶ **Aliki M. Panayides**
stv. Generalsekretärin



Die SVP des Kantons Zug lädt alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum

2. Nationalen SVP Jasscup

mit dem SVP-Bundesrat, SVP-National- und Ständeräten
Samstag, 23. Februar 2002 - Türöffnung 10.00 Uhr
Saal Dorfmatt, Rotkreuz (ZG)

Wanderpreise für die Siegerinnen und Sieger sowie viele attraktive Preise wie Ballonfahren, Fahrräder, Ferien im Wallis, Arvenmöbel und vieles mehr!

Jetzt anmelden!

Anmeldetalon

☐ **Schieber** mit zugelostem Partner
☐ deutschschweizer Karten
☐ französische Karten

☐ **Differenzler** mit verdeckter Ansage
☐ deutschschweizer Karten
☐ französische Karten

Name: ..... Vorname: .....

Adresse: .....

PLZ: ..... Ort: .....

Talon einsenden an: SVP Kanton Zug, Postfach 1407, 6301 Zug, Fax 041 790 02 65, Mail sekretariat@svp-zug.ch

Keine neuen Experimente

Schon bald werden sich Bundesrat und Parlament mit einer grossen Landwirtschaftsvorlage, der Agrarpolitik 2007 zu befassen haben. Die SVP will die Landwirtschaft in einer ohnehin schwierigen und turbulenten Zeit vor neuen Experimenten bewahren.

Die Existenz vieler Bauernbetriebe ist heute akut gefährdet. Die Produktepreise sind laufend gesunken, ohne dass die Produktionskosten zurückgingen. Zum Sterben bleibt zu viel, zum Leben reicht es kaum noch aus. In dieser Situation muss die Politik alles unternehmen, damit sich die Situation nicht noch weiter verschärft.

Unüberlegte Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik verschärfen die aufgezeigten Probleme. Die Unsicherheit nimmt zu, das Vertrauen junger Landwirte in die Zukunft ihres Berufsstandes schwindet. Deshalb setzt sich die SVP für eine Beibehaltung der Ziele der Agrarpolitik 2002 ein und lehnt insbesondere die Aufhebung der Milchkontingentierung ab.

Produzierende Betriebe

Die Landwirtschaftspolitik der SVP richtet sich in erster Linie an den produzierenden Familienbetrieben aus. Entscheidend ist die hohe Qualität der Erzeugnisse wie auch die finanzielle Konkurrenzfähigkeit.

Daran muss auch die Gesetzgebung gemessen werden.

Weniger Vorschriften

Um diesem Ziel näher zu kommen, besteht die SVP darauf, dass der äusserst dichte Regulierungsdschungel in der Landwirtschaft gelichtet wird.

Gerade für kleine und mittlere Bergbauernbetriebe wird der Überlebenskampf immer schwieriger.

Die unzähligen Verordnungen und Gesetze müssen ausgedünnt werden. Damit können auch die Produktionskosten gesenkt werden.

Funktionierender Tierschutz

In den Bereichen Tierschutz und Ökologie hat die Schweiz ein hohes Niveau erreicht. Die Qualität der Produkte ist dementsprechend hoch. Dies muss am Markt noch vermehrt zur Geltung gebracht werden. Seit Jahren fordert die SVP eine bessere Information der Konsumenten durch umfassendere Deklarationen.

Die SVP wird sich im Verlauf der parlamentarischen Beratungen dafür engagieren, dass die schweizerische Landwirtschaft trotz schwierigem Umfeld eine Zukunft hat. ◀

Silvia Bär, wissenschaftliche Mitarbeiterin SVP Schweiz

Feuertaufe bestanden!

Rundum zufriedene Gesichter bei der Zeitungstaufe vor laufender Druckmaschine (v.l.n.r.): Simon Glauser, Layout SVPja; Peter Kellenberger, ZT-Regionalverkaufsleiter; Yves Bichsel, Redaktion SVPja; Bruno Imfeld, ZT-Geschäftsleitung; Christian Mathys, Verkauf ZT-Kundendruck

Normalerweise wird im Druckereibetrieb des Zofinger Tagblatts selbstverständlich kein Alkohol getrunken...

Aber die Erstausgabe der überarbeiteten Parteizeitung SVPja waren dem Produktionsteam des Zofinger Tagblatts eine Flasche Champagner wert! Termingerecht und ohne grössere Schwierigkeiten begann am frühen Morgen des 17. Januar 2002 die gewaltige Zeitungsdruckmaschine unseres neuen Druckpartners mit der Produktion der ersten Ausgabe. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön für die hilfsbereite und professionelle Zusammenarbeit mit dem ZT-Team!

Die als UNO-Sondernummer konzipierte Erstausgabe startete mit einer Auflage von rund 122'000 Exemplaren, wovon rund 50'000 Zeitungen in alle Haushaltungen im Kanton Zug verteilt wurden.

Redaktion SVPja

Bärenstarker Auftritt

Viel rot oder besser gesagt sehr viel rot, gold und schwarz: Die SVP-Kanton Bern geht mit ihrem bärenstarken Auftritt selbstbewusst in die Regierungs- und Grossratswahlen vom 14. April 2002.

Dem roten Auftritt zum Trotz ist der Auftritt für die Berner Grossratswahlen sehr traditionell. Wahlplakate und -prospekte sind in den Wappenfarben rot-gold-schwarz. Und dieses Wappen war schon lange rot, bevor es in der Politik überhaupt irgendwelche "Roten" gab...

Der Bär, der ins Wahlplakat schreitet, lehnt ebenfalls stark an die Tradition an. Das bernische Wappentier bewegte sich schon auf dem ersten Siegel von 1224 schräg aufwärts. Richtig beschrieben wurde das Wappen des Staates Bern aber erst nach dem Jahr 1943. Eine vom Regierungsrat eingesetzte Kommission legte die Wappen des Staates, der Ämter und der Gemeinden offiziell fest.

Seither heisst es: „In Rot ein goldener Rechtsschrägbalken, belegt mit einem schreitenden Bären mit roten Krallen." Je nach Zeitgeschmack wechselten sich dicke und schlanke, grimmige und gemütliche Bären ab. Als selbstverständlich aber gilt: Der geöffnete Rachen des Wappentiers betont die Wehrhaftigkeit.

Mit gesundem Selbstverständnis - selbstbewusst und stolz, aber nicht frech oder gar aggressiv - geht die SVP-Kanton Bern in die kommenden Wahlen. Für den Grossen Rat kandidieren auf 50 Listen der SVP insgesamt 271 Personen. Regierungsrätin Elisabeth Zölch, Regierungspräsident Werner Luginbühl und Regierungsrat Urs Gasche stellen sich zur Wiederwahl. „SVP - Die Volkspartei der Bernerinnen und Berner" heisst das Credo. Dabei konzentriert sich die Partei in der Wahlkampfkommunikation auf vier Themen:

Sicherheit

Nur ein sicherer Kanton hat Zukunft: Sicherheit ist ein Grundrecht. Der Staat hat konsequent für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger sowie für Ordnung zu sorgen.

Bildung

Damit unsere Kinder auch in Zukunft lesen, schreiben und rechnen lernen: Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für die Zukunft. Die SVP kämpft deshalb für eine umfassende Grundausbildung und für eine Berufsbildung, die den Anforderungen der Wirtschaft gerecht wird.

Wirtschaft und KMU

Damit sich Leistung wieder lohnt: Eine gesunde Wirtschaft ist der Motor für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft. Die SVP-Kanton Bern will eine langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die gute Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen schafft.

Christoph Neuhaus
Geschäftsführer SVP Kt. Bern

Weniger Steuern und Abgaben

Damit mehr zum Leben bleibt: Zuerst muss der Kanton Bern seine Schulden abbauen. Mittelfristig kann er dann seine im interkantonalen Vergleich zu hohen Steuern senken.

Nicht vergessen gehen dabei die Wurzeln der einstigen BGB, die Landwirtschaft oder aktuelle Themen wie Swissair, Service Public, Bezirksreform und anderes mehr.

Der traditionell-neue Auftritt in rot-gold-schwarz sorgte bereits für einiges Aufsehen. Erstmals wurde ein Plakat der Berner SVP lange vor dem Wahlauftakt fotografiert und thematisiert. Exponenten der SP ärgerten sich grün und blau. Eine kleine Rechtsaussenpartei drohte gar mit einer Klage wegen „Verstosses gegen den Kopierschutz". Begründung: Man habe bei ihnen das Farbkonzept und das Wappentier gestohlen.

Dabei ist das Berner Wappen Allgemeingut, wenn damit nicht fälschlicherweise ein amtlicher Eindruck erweckt wird. Und wer anders als die traditionsreiche Berner SVP könnte das Kantonswappen für sich in Anspruch nehmen? ◀

SVP-Senioren und Seniorinnen in den Startlöchern

Die ältere Generation wird eine immer bedeutendere Gruppe unserer Gesellschaft. Bereits sind es rund 1,1 Millionen, und der Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt unablässig an. Bei gleichbleibender demografischer Entwicklung wird der Anteil in wenigen Jahren die 20 %-Grenze überschreiten.

Eine spürbar verstärkte Entsolidarisierung zwischen den Altersgruppen und die Tendenz, die Einflussnahme der jungen Generation im Staat mit entsprechenden Massnahmen zu vergrössern sowie die Einschränkung der älteren Generation in Staat und Gesellschaft - es wurden ja bereits Forderungen nach einer stimmbürgerlichen Entmündigung älterer Menschen laut - liegen quer zu den demografischen Veränderungen.

Junge sollen selbstverständlich aktiv im Staat mittun, das ist absolut richtig. Dasselbe muss aber auch und ebenso selbstverständlich für die Seniorinnen und Senioren unserer Gesellschaft gelten. Eine Grosszahl der heutigen Seniorinnen und Senioren sind vitale, aktive Personen und vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Mit der Pensionierung, die - mindestens gegenwärtig - schon 58- bis 63-Jährige zu Senioren macht, geben ältere Menschen zwar ihre Berufstätigkeit auf, nicht aber ihre Eigenschaften als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

Die SVP Schweiz ist die erste Partei, die diese Problematik erkannt hat. Sie trägt der wachsenden Bedeutung dieser Gruppe unserer Gesellschaft Rechnung und hat die SVP Senioren und Seniorinnen parteiintern der Jungen SVP und den SVP-Frauen gleichgestellt. Die neue Gruppe der "SVP-Senioren" wird verstärkt dafür sorgen, dass diese Altersgruppe aktiv und kraftvoll in allen politischen Bereichen von Staat und Gesellschaft mitdenkt, mitgestaltet und mitbestimmt. Im Interesse des Zusammenlebens im Staat und im Interesse einer Demokratie, in der alle gleichberechtigt mitreden. Der Startschuss zum Aufbruch ist erfolgt. Packen wir's an, Seniorinnen und Senioren! ◀

Nationalrat Hanspeter Seiler Ringgenberg (BE) Präsident SVP-Senioren

KURZMELDUNGEN

SEKTIONSGRÜNDUNGEN:

15. Januar 2002	**Mörschwil als 68. Sektion der SVP SG**
23. Januar 2002	**Kreispartei St. Gallen**
31. Januar 2002	**Stansstad als 6. Sektion der SVP NW**

WAHLEN:

In zahlreichen Gemeinden des Kantons Zürich haben Kommunalwahlen stattgefunden. Die SVP konnte im Allgemeinen auf hohem Niveau zulegen. Hier die wichtigsten Resultate:

- **Bülach** **Gemeinderat (Legislative) 14 Sitze (+4) Stadtrat 4 Sitze (+2)**
- **Adliswil** **Gemeinderat 7 (-), Stadtrat 1 (-1)**
- **Dietikon** **Gemeinderat 11 (+1)**
- **Schlieren** **Gemeinderat 11 (+1)**

Im Parlament von Riehen (BS) ist die SVP gleich mit 4 Vertretern (11 % Wähleranteil) eingezogen.

Bitte melden Sie Sektionsgründungen zur Veröffentlichung umgehend dem SVPja (svpja@svp.ch)

Senioren gestärkt

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz hat am 12. Januar in Landquart Nationalrat Hanspeter Seiler zum neuen Präsidenten der SVP-Senioren gewählt.

Gemäss den neuen Statuten ist der Präsident der SVP-Senioren von Amtes wegen Mitglied des Leitenden Ausschusses und des Zentralvorstandes. Damit erhalten die Senioren innerhalb der SVP mehr Gewicht und können ihre Anliegen mit Nachdruck in die Parteigremien einbringen.

Seit Jahren engagiert sich die SVP für das Wohl der Senioren, z.B. für mehr innere Sicherheit. Auch die Frage der Altersvorsorge ist von grosser Bedeutung, weshalb die SVP mit ihrer Goldinitiative die nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank vollständig der AHV und nicht etwa einer Solidaritätsstiftung mit unklarem Ziel zukommen lassen will. Über diese Initiative wird das Volk noch dieses Jahr abstimmen können.

Mit der Statutenrevision wird es noch besser als bisher möglich sein, auf die Bedürfnisse und Anliegen der Senioren einzugehen und diese Bevölkerungsgruppe vermehrt in die Politik einzubinden. ◀

Staatspolitisch gefährliche Internationalisierung des Rechts

Der Trend, dass internationale Organisationen geschaffen werden, die selber Recht setzen und für ihre Mitgliedstaaten verbindliche Vorschriften aufstellen können, ist für unsere direkte Demokratie automatisch eine Bedrohung.

Die Schweiz ist weltweit die einzige direkte Demokratie ihrer Art. Bei allen anderen Demokratien handelt es sich um "repräsentative Demokratien", bei denen die politischen Sachentscheide durch gewählte Vertreter ("Repräsentanten") getroffen werden. Unser System zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass das Volk nicht nur Politiker wählt, sondern dass es an der Urne zu jedem Sachthema das letzte Wort hat.

Die Schweiz ist deshalb von der zunehmenden Internationalisierung des Rechts besonders betroffen. In allen anderen Ländern wird bei dieser Internationalisierung die Macht einfach von einheimischen Politikern auf ausländische übertragen, zum Beispiel von denen in Wien zu denen in Brüssel. Für unsere Bevölkerung aber hat die Internationalisierung des Rechts eine ganz andere Dimension: Die Kompetenzen werden dem Volk entzogen und auf eine internationale Politikerelite übertragen.

Kapitale Auswirkungen eines EU-Beitritts

Besonders dramatisch wären in dieser Beziehung die Auswirkungen eines EU-Beitritts. Denn damit würde ein Grossteil der Macht auf Brüssel übertragen, weg vom Schweizer Volk. Wie drastisch die Mitsprache unserer Bevölkerung reduziert würde, wird in weiten Kreisen unterschätzt. Es ist kaum bekannt, wie viele Sachbereiche schon heute in die Kompetenz der EU-Gremien fallen und somit nicht mehr bei den einzelnen Gliedstaaten liegen. Zu diesem Thema schrieb die deutsche Zeitschrift Stern bereits 1999 (Nr. 4/1999): „Gleichzeitig wächst die Macht der EU ständig. 50 Prozent der in Deutschland erlassenen Gesetze basieren auf Brüsseler Vorgaben. Bei Fragen des Binnenmarktes sind es 70, in der Agrarpolitik sogar 80 Prozent. Kaum etwas, das in den 400 ständigen und beratenden EU-Ausschüssen nicht reguliert wird". Als wichtiger Punkt kommt dazu, dass das EU-Recht ständig weiterentwickelt wird (zunehmend mit Mehrheitsentscheid), womit nach einem EU-Beitritt unserer Bevölkerung laufend zusätzliche Kompetenzen entzogen würden, die wir in ihrer Tragweite heute noch gar nicht abschätzen können.

Auswirkungen eines UNO-Beitritts

Aber auch via UNO kann unsere direkte Demokratie mehr und mehr unterlaufen werden. Im laufenden UNO-Abstimmungskampf reden die Beitritts-Befürworter statt von der politischen UNO oft von der „nichtpolitischen UNO". Sie schwärmen, die UNO habe Umweltschutzbestimmungen erlassen, Vorschriften zugunsten von Arbeitnehmern, Bestimmungen zugunsten der Gleichberechtigung der Frau, Richtlinien betreffend Verbrechensbekämpfung, und so weiter und so fort. Dass damit den Mitgliedsstaaten laufend Kompetenzen entzogen werden, erwähnen sie nicht. Für Länder, die keine Demokratien sind oder die z.B. im Umweltschutz noch überhaupt keine eigenen Regeln kennen, mag diese UNO-Rechtsentwicklung oft positiv sein. Für eine hochentwickelte Demokratie aber ist sie problematisch: Meist gibt sich die UNO sich nicht einmal die Mühe, zu behaupten, ihre Entscheide seien demokratisch. Zu offensichtlich ist, dass das Recht durch eine kleine Elite von Politikern und Bürokraten geschaffen wird, unterstützt durch eine zunehmende Macht von interessengesteuerten NGO's (nicht gouvernementale Organisationen), welche nirgends demokratisch gewählt werden.

Aber auch in der "politischen UNO" werden die Kompetenzen der UNO-Mitglieder zurückgedrängt. Man beachte, was Nationalrat Ulrich Schlüer vor kurzem publik machte: Der deutsche "beigeordnete Generalsekretär der UNO für Planung und Unterstützung / Hauptabteilung für friedenserhaltende Massnahmen", Manfred Eisele, schreibt in seinem neuen Buch "Die Vereinten Nationen und das internationale Krisenmanagement": Der UNO-Sicherheitsrat "ist durch die einzigartige Möglichkeit ausgezeichnet, verbindliches Recht für alle Mitgliedstaaten zu schaffen. Man nennt ihn deshalb bisweilen auch das Direktorium der Welt." Das sind klare Worte. Die UNO erhält auf Kosten der Mitgliedsländer zusätzliche Rechtssetzungs-Macht.

Nationalrat Luzi Stamm
Baden (AG)

Kernpunkt unserer Demokratie bedroht

Kernpunkt unserer direkten Demokratie ist, dass der Bürger die Politikerinnen und Politiker jederzeit und zu jedem Thema via Sammeln von 100'000 Unterschriften zwingen kann, eine andere Marschrichtung einzuschlagen. Je mehr das Recht "internationalisiert" und internationalen Organisationen übertragen wird, desto mehr wird diese direkte Demokratie unterlaufen und ausgehöhlt. ◄

Eidg. Volksabstimmung vom 3. März 2002

Stimmen auch Sie

NEIN ZUM UNO-BEITRITT

An die Urnen - Nein zur UNO!

Standpunkt

Die Abstimmung vom 3. März über den Beitritt der Schweiz zur UNO kommt in die Schlussphase. Die vielen Veranstaltungen mit vollen Sälen, gefüllte Leserbriefspalten in den Zeitungen und heftige Reaktionen und Diskussionen zeigen, dass die Frage des UNO-Beitrittes für unser Land von grosser Bedeutung ist. Die SVP hat als einzige grosse Partei an einem Sonderparteitag in Luzern mit überwältigendem Mehr die Nein-Parole beschlossen. Praktisch alle Kantonalparteien sind bis heute der Mutterpartei gefolgt. Es geht für die verbleibende Zeit bis am 3. März darum, diesem Nein im Abstimmungskampf wuchtig Nachachtung zu verschaffen. Noch stehen Plakate zur Verfügung, die an guter Lage aufgemacht werden müssen. Für Standaktionen kann weiterhin Abstimmungsmaterial bezogen werden. Es muss in dieser Frage, in der sich ein knapper Entscheid abzeichnet, buchstäblich bis zum letzten Tag gekämpft werden. Jede Stimme ist wichtig. Entscheidend für das Abstimmungsresultat wird unter anderem sein, welche Partei mehr Wählerinnen und Wähler an den Urnen mobilisieren kann. Dafür sind jetzt durch alle Parteimitglieder im Bekanntenkreis die Weichen zu stellen. Helfen auch Sie mit allen Kräften mit, diesen Abstimmungskampf zu gewinnen.

Wir haben die überzeugenderen Argumente: Ein UNO-Beitritt verletzt unsere Neutralität, auch wenn krampfhaft das Gegenteil behauptet wird. Wer die UNO-Charta unterschreibt, verpflichtet sich zu den vom Sicherheitsrat geforderten Leistungen. Diese sind mit unserer Neutralität nicht vereinbar. Unakzeptabel ist für einen demokratischen Kleinstaat das Vetorecht der fünf Grossmächte. Wer sich diesem unterwirft, verliert an Freiheit, selbst zu entscheiden. Er droht zum Spielball der Grossmächte zu werden. Und wir sollen Millionen zahlen, um Freiheitsrechte zu verlieren? Die Antwort am 3. März kann nur lauten: Nein, Nein und nochmals Nein. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Online - Bestellung www.svp.ch

Bestellung SVP Shop

UNO Kampagnen-Material

.....	Expl.	☐ PDF	Fact-Sheet „10 Punkte gegen den UNO-Beitritt“	1 Seite
.....	Expl.	☐ PDF	Kurzargumentarium „NEIN zum UNO-Beitritt“	4 Seiten
.....	Expl.	☐ PDF	Kurzargumentarium „SVP Frauen gegen den UNO-Beitritt“	2 Seiten
.....	Expl.	☐ PDF	Ausführungen zur Volksinitiative „Für einen Beitritt der Schweiz zur UNO“	25 Seiten
.....	Expl.	☐ PDF	Argumente und Gegenargumente zum UNO-Beitritt	10 Seiten

Dokumente als PDF-File per Mail: Bitte entsprechendes Kreuz machen!

SVP-Shop Artikel

.....	Expl.	SVP Kleber	Bogen à 35 Kleber		Fr. 6.--
.....	Expl.	SVP Jass	deutsche Karten	franz. Karten	Fr. 3.--
.....	Expl.	SVP Ballone	Sack à 50 Stück		Fr. 40.--
.....	Expl.	SVP Kugelschreiber			Fr. 2,50
.....	Expl.	SVP Feuerzeug	nachfüllbar		Fr. 5.--

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch